

FRAUEN AN DER MACHT: CRISTINA FERNÁNDEZ DE KIRCHNER, PRÄSIDENTIN DER REPUBLIK ARGENTINIEN

MARIELLA FRANZ ||

Sie ist gebildet und intelligent, wortgewandt und durchsetzungsstark, die Herzen vieler Argentinier hat sie wie einst Evita im Sturm erobert. Sie soll gleichzeitig auch machtsüchtig und ignorant sein, den nationalen TV-Sender nutzt sie wie einst Juan Domingo Perón; schlechte Indikatoren zur Entwicklung ihres Landes werden übergangen, stattdessen eine „Geschichte“ mit täglich guten Nachrichten „erzählt“. Es ist, als hätte sie zwei Gesichter. Wir sprechen von „CFK“ - Cristina Fernández de Kirchner - der Staatspräsidentin der drittgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas und des achtgrößten Landes der Welt.

Politischer Weg

Argentinien im 21. Jahrhundert: Erstmals in der Geschichte wählten die Argentinier 2007 eine Frau an die Spitze ihres Landes. Es ist die einmal mehr, einmal weniger rothaarige Cristina Fernández de Kirchner (in Folge auch „CFK“ genannt), geboren am 19. Februar 1953 in La Plata, Hauptstadt der größten und bedeutendsten Provinz der Republik. Der Ruf zu einem öffentlichen Auftrag erreichte sie bereits in jungen Jahren, als sich CFK bei den Jungperonisten an der Universität von La Plata engagierte. Dort traf sie 1974 ihren Lebenspartner und Wegbegleiter Néstor Kirchner. Beide waren in der JUP (Juventud Universitaria Peronista – Jungperonisten der Universität) aktiv; sie

gehörten auch radikalen, linksperonistischen Gruppierungen an. Im Vorfeld der Militärdiktatur (1976-83) heirateten sie. Über eine Zwischenstation im Süden Patagoniens, Santa Cruz, wo ihr Ehemann herstammte, stieg Cristina nach dem Ende der Diktatur die Leiter des politischen Erfolges hinauf. Von der Abgeordneten der patagonischen Provinz über den Posten als Kongressabgeordnete und zuletzt als Senatorin führte ihr Weg zur Präsidentschaft des Landes. Néstor Kirchner hatte den erfolgreichen Sprung vom Gouverneur seiner Provinz zum höchsten politischen Amt im Lande eine Wahlperiode zuvor geschafft.

Ausgangssituation und erste Präsidentschaft (2007-2011)

2001 lag das Land „in Scherben“. Der Staatsbankrott trieb die Menschen auf die Straße, sie waren ohne Arbeit und ihres Ersparnis beraubt. Tausende waren durch die letzte große Finanz- und Wirtschaftskrise finanziell und sozial so weit abgerutscht, dass die Armutsrate auf über 50 Prozent anstieg. Hinzu kam eine politische Krise, welche sich im Lande mit dem Slogan „que se vayan todos!“ [„sie (die Politiker) sollen alle verschwinden!“] Ausdruck verschaffte. In dieser Stimmung, und nach mehreren Übergangspräsidenten wurde CFKs Ehemann Néstor Kirchner mit lediglich 22 Prozent der Stimmen im Mai 2003 zum Präsi-

denten der Republik gewählt.¹ Nach der Krise konnte es nunmehr bergauf gehen. Der fähige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, politisches Geschick des Präsidenten, hohe Weltmarktpreise für die „Kornkammer“ des Südens und hohe Wachstumsraten spielten dem Politehepaar in die Hände.

Im Oktober 2007 folgte Cristina Fernández de Kirchner ihrem Mann in das Präsidentenamt. Mit Julio Cobos (Unión Cívica Radical - Radikale Bürgerunion) als Vizepräsident gewannen die Peronisten mit der Wahlformel „Frente para la Victoria“ (Front für den Sieg) mit circa 45 Prozent der Stimmen. Das politische Vorhaben, jahrelang im patagonischen Süden des Landes vorbereitet, blieb demnach „in der Familie“, dort wo man sich gegenseitig am meisten vertraut.



Eröffnung der 131. Ordentlichen Sitzungsperiode des Kongresses, am 1.3.2013, Quelle: Presidencia de la Nación Argentina.

Auf ganzer Linie übernahm Cristina Néstor's Menschenrechtspolitik, was allgemein als positiv aufgenommen wurde, da es die erste Regierung war, die sich dem „Erbe der Diktatur“ stellte: Schon seit 2003 erhalten zwei argentinische Menschenrechtsorganisationen staatliche Zuschüsse „zur Aufarbeitung der Militärdiktatur“. Die Stiftungen „Madres de Plaza de Mayo“ (Mütter des Maiplatzes) und „Sueños compartidos“ (Geteilte Träume) verfügen über Millionen von Euros, um Sozialhilfe zu leisten, Kindergärten, Schulen, Wohnungen und Museen zu bauen und Krankenhäuser zu modernisie-

ren. Im Mai/Juni 2011 kamen jedoch Anschuldigungen - Veruntreuung der Gelder bis hin zu Korruptionsvorwürfen - gegen die Menschenrechtsorganisation „Madres de Plaza de Mayo“ auf, die als politische Verbündete der Kirchner-Regierungen gilt.

Im wirtschaftlichen Bereich zeigt die neue Regierungsverwaltung eine deutliche Tendenz: Die staatlichen Kassen füllten sich. Im August 2008 wurde die Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas verstaatlicht, im November darauf die privaten Pensionskassen (AFJP, Administradoras de Fondos de Jubilaciones y Pensiones), zusammengefasst unter der staatlichen Sozialversicherungskasse ANSES (Administración Nacional de la Seguridad Social). Im März 2008 rief Fernández' Regierung mit der Resolution 125 die Erhöhung der Exportsteuer aus, die sie direkt an die Höhe der Weltmarktpreise koppelte. Bis heute haben die hohen Preise für Soja dem Land satte Gewinne beschert.

Erste politische Krise der CFK

Landwirte, Kleinbauern, Großgrundbesitzer, Exporteure - von der mächtigen „So-ciedad Rural Argentina“ bis zur „Federación Agraria“ hin - bildeten den „Mesa de Enlace“ (etwa: „Verbindungstisch“), eine gemeinsame Kommission, und gingen ab März bis Juni 2008 im ganzen Land aus Protest auf die Straßen. Die geplante Erhöhung der Exportabgaben, welche im Idealfall die Inlandspreise drückt und die Staatseinnahmen erhöht, drohte, den Landwirtschaftssektor zu gefährden. Man darf hierbei nicht vergessen, dass die Bevölkerung der Provinzen und Kleinstädte Argentiniens auf eine rentable Landwirtschaft angewiesen sind. Der Agroindustriesektor erwirtschaftet immerhin 18,5 Prozent des BIP, beschäftigt 36 Prozent der arbeitenden Bevölkerung und macht schließlich 55 Prozent der Exporte aus.² Die Abstimmung über die Erhöhung der Exportabgaben im Senat ging 50 zu 50 aus.

Der Senatspräsident Julio Cobos, gleichzeitig Vizepräsident der nationalen Regierung, musste nun die Pattsituation mit seiner Stimme lösen. Er sprach sich aus Überzeugung gegen das Gesetzesvorhaben aus.

Ab diesem Zeitpunkt wurde Cobos zum persönlichen „politischen Feind“ von CFK. Die darauf folgende konfrontative Art zeigte sich u.a. in gezielten, rechtlichen Untersuchungen sowie in verstärktem Druck seitens der Steuerbehörden und richtet sich jedes Mal mit aller Härte gegen diejenigen, die sich öffentlich gegen Kirchners Maßnahmen aussprechen.

„Vamos por todo“ (Gehen wir auf's Ganze!)

Als Antwort auf die politische Krise um die Resolution 125 zur Erhöhung von Exportabgaben sanken die Stimmen für die, die Präsidentin unterstützende FPV (Frente para la Victoria)³, bei den darauf folgenden Parlamentswahlen im Juni 2009: In der Abgeordnetenkammer verlor das Regierungslager die Mehrheit. Als Reaktion führte CFK mehrere „soziale Maßnahmen“ ein: Der Staat kauft seitdem Sendelizenzen auf und führte die öffentlichen Programme „Fußball für alle“ im August 2009 und „Sport für alle“ im Februar 2011 ein. Die Kosten für diese Lizenzen liegen zwar in Millionenhöhe, aber die Programme eignen sich auch hervorragend zur Ausstrahlung von gezielter Werbung und Kampagnenspots. Mit Fußball erreicht man die ganze Nation!

Im Oktober 2009 führte die Präsidentin ein Kindergeld ein. Dieses wird arbeitslosen Eltern und Geringverdienern - unter den Auflagen des Schulbesuchs und der Verabreichung bestimmter Impfungen - zur finanziellen Unterstützung pro Kind ausgezahlt. Der nationale Wissenschaftsrat CONICET erkennt eine positive Wirkung dieser Maßnahme auf die Armutsreduzierung und das Einhalten der Schulpflicht. Doch es gibt auch kritische Stimmen, etwa seitens des Sozialen Observatoriums der Katholischen Universität, welche die Erfolge des Pro-

gramms mit Blick auf die Armutsreduzierung bezweifeln.⁴ Über 20 Prozent der Bevölkerung lebe noch immer in armseligen Verhältnissen. Andere Kritiker gehen sogar davon aus, dass diese Gelder verdeckt dem „Stimmenkauf“ dienen. Außerdem schaffe die Maßnahme durch Fehlanreize mehr Armut am Rande der Gesellschaft: vor allem Mädchen aus den unteren sozialen Schichten werden bereits mit zwölf oder 13 Jahren schwanger. Anscheinend sorglos, denn sie beziehen das Kindergeld.

Gleichzeitig verabschiedete der Kongress im Oktober 2009 ein Mediengesetz zur bisher von privater Hand dominierten Medienlandschaft. Private Anbieter haben seither nur noch Anspruch auf ein Drittel der Radio- und Fernsehlicenzen. Ein weiteres Drittel steht staatlichen Medien zu, das letzte Drittel ist für Sender gemeinnütziger Organisationen bestimmt. Besonders umstritten ist bis heute der Artikel, demzufolge sich die Medienunternehmen innerhalb der kurzen Frist von einem Jahr von den überzähligen Lizenzen trennen müssen. Aus dem Nichts tauchte ein neuer Konzern auf, der die bislang abgestoßenen Lizenzen aufkaufte und nach dem regierungsnahen Unternehmer Cristóbal López „benannt“ ist. Demgegenüber wehrte sich die Clarín-Gruppe⁵ mit vorübergehenden Schutzmaßnahmen in Folge einer Verfassungswidrigkeitsklage gegen das Gesetz. Vor kurzem wurde der Klage vom zuständigen Bundesgericht stattgegeben; allerdings geht der Rechtsstreit jetzt vor den Obersten Gerichtshof. Die Clarín-Gruppe ist mit den Jahren zu einem sehr regierungskritischen, einflussreichen Medienkonzern herangewachsen und ist aufgrund dessen der Kirchner-Regierung ein Dorn im Auge.

Im April 2010 rief die Präsidentin die Kampagne „Netbooks für alle“ aus, wobei alle Schüler und Lehrer der öffentlichen Sekundarschulen im ganzen Land ein Netbook bekommen sollten. Die Kampagne wird von den Geldern der nationalen Pensionskasse ANSES mitfinanziert. Der vor

allem die unteren Sozialschichten ansprechende Name der Maßnahme „Conectar Igualdad“/„Gleichheit verbinden“ reiht sich in die perfekt inszenierte Kommunikationsstrategie ihrer Präsidentschaft ein.

Erste Wolken am hellblauen Himmel

Infolge der hohen Inflation, die nach offiziellen Zahlen des nationalen Statistikamtes konstant über sieben Prozent pro Jahr lag, kam es zu steigenden Produktionskosten in der Wirtschaft und folglich zu einem erheblichen Wettbewerbsverlust des Landes. Der Internationale Währungsfond hat diese Zahlen mehrmals angezweifelt und ruft zur Korrektur auf.⁶ Die geschätzte reale Inflation liegt bei über 25 Prozent. Um die Handelsbilanz weiterhin positiv zu halten, wurden von CFKs Regierung protektionistische Maßnahmen in der Handelspolitik ergriffen, insbesondere in Form von neuen, bürokratischen Hürden bei der Erteilung von Importlizenzen, die es ausländischen Produkten erschweren, ins Land eingeführt zu werden. Diese Politik brachte Argentinien diplomatische Konflikte ein, besonders mit der Europäischen Union, Brasilien und Uruguay. Andererseits kam es Mitte 2011 dazu, dass private Consultingfirmen und Verbraucherverbände mit Geldbußen bestraft wurden, da sie weit höhere, „reale“ Inflationsraten von 25-30 Prozent präsentierten. Die private Messung der Inflation kann inzwischen dank der Immunität der Abgeordneten von Oppositionsfractionen im Kongress verkündet werden.

Der Weg zur zweiten Amtszeit

Am 27. Oktober 2010 starb Cristinas Ehemann Néstor Kirchner plötzlich an einem Herzinfarkt. Néstor war eine Integrationsfigur für unterschiedliche peronistische Gruppen, welche der Regierung nahe stehen. Cristinas Stärke und Durchsetzungskraft als Frau an der Macht wurde wesentlich von Néstor beeinflusst. CFK übernahm nunmehr die Führungsrolle in der Partei: eine wahrlich schwierige Aufgabe. Die Wit-

we trägt seit dem Todestag nur noch schwarze Trauerkleidung. In öffentlichen Ansprachen nahm sie fast immer Bezug auf ihren verstorbenen Mann, und mehr als einmal sah man sie weinen. Das Volk bekam plötzlich ein anderes Bild von der bisher als „hart und unzugänglich“ empfundenen Frau.

Cristinas Popularität kletterte von einem historischen Tiefpunkt auf neue Höhen. Als Witwe wurde sie für die Opposition zunächst „unangreifbar“. In Anlehnung an die Politik des Anti-Imperialismus des venezuelanischen Präsidenten Hugo Chávez versuchte CFK einen selbstbewussten, südamerikanischen Weg für ihr Land, abseits der internationalen Finanzmächte, zu beschreiten.

Die schwierige zweite Präsidentschaft (2011-heute)

Alle Hoffnungen der stark gespaltenen Opposition (insgesamt gab es sechs Gegenkandidaten) zerbrachen an den 54 Prozent der Stimmen, welche CFK im ersten Wahlgang erreichte. Der Abstand zum Zweitplatzierten Hermes Binner (Frente Amplio Progresista - Breite Progressive Front) betrug 37,5 Prozent (!). Cristina hatte persönlich die Aufstellung und Reihenfolge auf den Wahllisten in der Hand gehabt. Sie war mit dem jungen Wirtschaftsminister Amado Boudou als Vizepräsident ins Rennen gegangen. Das zweite Mandat in Folge als höchste Dame im Land trat sie ohne Ehemann an. Sohn und Tochter sind bisher noch nicht in das „Rampenlicht“ des öffentlichen Lebens getreten. Doch Cristina hat andere junge Nacheiferer: La Cámpora (benannt nach Héctor Cámpora, Präsident vom 25. Mai 1973 bis zum 12. Juli 1973) heißt die Politische Jugendorganisation, welcher ihr Sohn Máximo Kirchner formal vorsteht und welche durch den verstorbenen Ehemann jahrelang „herangezogen“ wurde. *„In dieser (politischen) Etappe sollte ich als Brücke zwischen den Generationen dienen“*, so CFK anlässlich ihrer Wiederwahl.⁷ Seit 2011 werden Mitglieder der Cámpora sys-

tematisch auf strategische politische Positionen gesetzt.

CFK rief bei ihrer Wiederwahl zur „nationalen Einheit“ auf. Was sie unter „Einheit“ versteht, bleibt unklar; in der Realität hat sich die Präsidentin eindeutig für die Machtkonzentration und nicht für die Integration oppositioneller Lager bei elementaren Fragen entschieden. Cristina habe einen anderen Führungsstil als Néstor; mit ihm konnte man Probleme lösen, manchmal durch ein einfaches ‘auf die Schultern klopfen’, so manche peronistische Stimmen. Der Zugang zu Cristina scheint weitaus schwieriger zu sein, und die Dialogfähigkeit, auch in den eigenen Reihen, hat stark abgenommen. Sich in tausend *tweets* zu äußern, um ständig und möglichst direkt gegenüber dem Volk die eigene Politik zu „verteidigen“, oder lange Reden zu halten, nach denen keine Fragen erlaubt sind, kann nicht als offene Diskursart bezeichnet werden.

*„Man braucht sich nur vor Gott fürchten, und ein bisschen vor mir“*⁸ ließ Cristina auf einer Konferenz zu Beginn ihrer zweiten Präsidentschaft an die eigenen Reihen verlauten. Diese Worte belegen ihr Selbstverständnis als starke Führungspersönlichkeit.

Der lateinamerikanische Populismus regiert mit Druck: Schon Néstor hatte den Geheimdienst nicht nur auf die Opposition, sondern auch auf die eigenen Leute angesetzt. Die zunehmende Kontrolle endet in einem autoritären Führungsstil, den die äußerst charismatische CFK heute ausübt. Nur ein kleiner, ausgewählter Beraterkreis hat direkten Zugang zu ihr; Kabinettsitzungen gibt es nicht.

Der neue harte, politische Führungsstil: „Mit uns oder gegen uns“

Die zweite Präsidentschaft unterscheidet sich wesentlich von der ersten. Cristinas politische Entscheidungen und ihr Führungsstil erinnern zunehmend an diejenigen des verstorbenen Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez:

Als die Staatsreserven bereits geschrumpft waren, fasste die Regierung von Cristina Fernández im Oktober 2011 den Entschluss, den Kauf und Verkauf von Devisen zu regulieren; die Freiheit der Argentinier, die aus dem hochinflationären Peso flüchtend in USD sparen, wurde dadurch wesentlich eingeschränkt. Zudem ist das Vertrauen der Argentinier in die Banken seit 2001 ohnehin gestört. Doch auch der Staat und das gesamte Finanzsystem brauchen Devisen. Der Schwarzmarkt blüht seitdem, und der Unterschied zwischen offiziellem und illegalem Wechselkurs steigt auf aktuell 80 Prozent an. So erreichte der USD zuletzt ein Rekordhoch von 9,40 Pesos, während er auf legalem, aber stark beschränktem Wege (per Antragsformular an die Steuerbehörde) für 5,20 Pesos zu haben ist. USD haben zwischenzeitlich in Milliardenhöhe das Land verlassen; die Kapitalflucht steigt weiter an.

Im Februar 2012 ereignete sich eine schwere Tragödie: Ein Vorstadtzug raste ungebremst in eine Zugstation; über 50 Tote waren zu beklagen. Später stellte sich heraus, dass millionenschwere Subventionsgelder nicht wie geplant in die technische Aufrüstung des Zugverkehrs investiert worden waren. Der Sekretär für Transportwesen musste angesichts der Tragödie zurücktreten. Die Gerichtsverfahren laufen; die Hinterbliebenen und Familienangehörigen der Unfallopfer fühlen sich in ihrer Trauer von ihrer Präsidentin verlassen.

Im April 2012 verstaatlichte die Präsidentin die Anteile des spanischen, privaten Erdölkonzerns Repsol an der größten Erdölfirma des Landes, YPF (Yacimientos Petrolíferos Fiscales), wohl als Reaktion auf unterbliebene Investitionen in das Land, um die Produktion zu steigern, denn Argentinien muss heute Öl und Gas importieren (2012 betrug das Handelsbilanzdefizit 9,5 Mrd. USD). International gab es harsche Verurteilungen, von Spanien ausgehend sprach sich die gesamte EU dagegen aus. Die Diskussion im Kongress zog sich stundenlang hin, doch das Gesetzesprojekt setzte sich

rasch durch - ein neuer Stil der „Express-Gesetzgebung“, der sich später in anderen Bereichen wiederholen sollte.

Ende 2012 verabschiedete der Kongress dann das „Wahlrecht mit 16 Jahren“; ein weiterer Eckpfeiler von Cristinas „Jugendstrategie“. Jugendliche, die heute im Alter von 16 Jahren sind, waren vor zehn Jahren, als Néstor Kirchner an die Macht kam, gerade einmal sechs Jahre alt. Sie haben bisher nur den Kirchnerismus erlebt und keinerlei politischen Vergleich. Charakteristisch für Cristinas Macht ist, dass sie vor allem junge Menschen stark anzusprechen scheint, wodurch ihr die Absenkung des Wahlalters nur zugute kommt.

Seit 2011 steigen die Staatsausgaben rasant an; mittlerweile ist der Staat der wichtigste Arbeitgeber. Die Reserven werden knapper, die großen Provinzen sind nahezu bankrott. Ein „ewiges“, nie gelöstes, Problem in Argentinien ist dabei die Umverteilung der Einnahmen zwischen Nation und den Provinzen - ein zentralistisches Machtinstrument, welches auch Cristina bis hinunter zur Gemeindeebene direkt zu nutzen weiß. Die Umverschuldungspolitik von Néstor war für Argentinien sehr erfolgreich; das Land hat heute jedoch keinen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten mehr.

Außenpolitisch beweist Cristina Stärke gegenüber Großbritannien im Streit um den Status der Falklandinseln. Anfang 2012 schloss Argentinien mit dem Iran einen höchst umstrittenen Pakt zur juristischen Aufarbeitung des Attentats auf ein jüdisches Kulturzentrum in den 90er Jahren in Buenos Aires. Traditionelle Partner wie die USA, Europa, Brasilien, Chile und Kolumbien werden zunehmend außer Acht gelassen.

Die starken Überschwemmungen im April 2013 hinterließen über 60 Tote und immense Schäden in den Städten Buenos Aires und La Plata. Die Menschen gingen auf die Straße und beschimpften die Ministerin für Soziale Entwicklung, Alicia Kirchner (Schwester von Néstor) und den Gouver-

neur Daniel Scioli. Innerhalb Cristinas Regierung war von Krisenmanagement nichts zu sehen; wieder ließ eine öffentliche Antwort und Anteilnahme der Präsidentin auf sich warten. Die Menschen jedoch sind umso zorniger, da der Tod vieler durch die seit Jahren versprochenen Infrastrukturmaßnahmen und durch besser vorbereitete Rettungsteams hätte vermieden werden können.

Eine Woche danach brachte CFK das Projekt der Justizreform in den Kongress ein. Zur Feier der Demokratie am 10. Dezember war die Idee der „Demokratisierung der Justiz“ geboren worden, bei der Cristina die Körperschaften des obersten Gerichtshofes anprangerte. Innerhalb von drei Wochen wurde der Großteil des Paketes, bestehend aus sechs Gesetzen, nach Marathonsitzungen in Senat und Abgeordnetenkammer verabschiedet. Eine gründliche, breite und vor allem pluralistische Diskussion vor der Präsentation des Entwurfes war ausgeblieben. Die strittigsten Punkte der Reform (z.B. die Wahl der Mitglieder des Richterrates durch das Volk) wurden nur mit knapper Mehrheit in der Abgeordnetenkammer angenommen. Der Generalvorwurf lautet, dass per Wahllisten gewählte Richterratsmitglieder die Unabhängigkeit der Richter beeinflusst und dies zur Straflosigkeit von Machtmissbrauch, Korruption und Geldwäsche durch Politiker führen werde.

Es ist ein Stil, der verwundert. Ein strittiges Projekt jagt das andere, wodurch grundlegende und nach Meinung der Opposition bisweilen sogar verfassungswidrige und demokratiefeindliche Änderungen zustande kommen. Ist das Kirchnerische Gesellschaftsmodell volksnah, nur weil Methoden der direkten Demokratie angewandt werden? Reicht die demokratische Mehrheit, um die Demokratie völlig umzugestalten? Die Republik steht auf dem Spiel, wenn die Verfassung nicht als Kontrolle der Exekutive, sondern als Instrument der Machtkonsolidierung genutzt wird.

Beginn einer neuen Krise?

Seit 2012 greift der Mittelstand zu dem seit 2001 eingeführten Protestmittel des „Cacerolazo“ zurück: Durch lautes Topf-schlagen macht sich das Volk bemerkbar. Es sind friedliche Demonstrationen, zu welchen sich immer mehr Anhänger versammeln. Organisiert über soziale Netzwerke gingen zuletzt am 18. April mehr als eine Million Menschen auf die Straße, motiviert durch das Überschwemmungsunglück und den kurz zuvor aufgedeckten wohl größten Geldwäscheskandal⁹ unter Néstor Kirchner. Cristinas Reaktion: Sie hielt sich außer Landes in Venezuela auf, um der Amtseinführung des neuen Präsidenten und Chávez' Nachfolger Nicolás Maduro beizuwohnen.

CFK ist eine sehr starke Frau. Der Tod ihres Mannes sowie ihres regional stark verbündeten Freundes Hugo Chávez haben ihre Durchsetzungskraft noch erhöht. Leider trägt dieses Charisma nicht nur zum Positiven in der Demokratieentwicklung ihres Landes bei. Mindestens die Hälfte der Menschen fühlt sich politisch nicht mehr vertreten, sondern sieht sich in ihren Grundrechten eingeschränkt. Der mittlerweile autoritäre Stil von Fernández' Regierung ist auch in politischen Diskursen im Kongress, der Volksvertretung, zu erkennen. Dort finden hunderte, teils stark emotionale Monologe statt, anstatt offen und pluralistisch miteinander zu diskutieren. Perfekte Wahlkampagnen, geniale Kommunikationsstrategien und charismatische Auftritte, mit dem Portrait Eva Peróns im Hintergrund, haben ihr zur Macht verholfen. Mit Sozialprogrammen und Unterstützungsgeldern lässt sich die Masse im Zaum halten, solange diese bezahlt werden können. Aber vor allem die Mittelschicht ist heute durch wachsende Unsicherheit, einen rekordteuren USD-Dollar, Infrastrukturkatastrophen und Geldwäscheskandale politisch sensibilisiert. Cristinas Charisma ist so stark, dass es so starke Gefühle wie Liebe und Hass in der Gesellschaft hervorgerufen hat, was an die Figur der Evita erinnert: „von den Armen

geliebt und von den Reichen gehasst“. Heute ist die Bevölkerung innerlich stark gespalten.

Umfragewerte: Wie steht es um CFK heute?

Jüngste Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Management & Fit bestätigen, dass heute mehr Argentinier als 2011 mit der Regierung unzufrieden sind: Nur noch 29,3 Prozent der Befragten befürworten Cristinas Regierung. Neu ist allerdings, dass 37,8 Prozent der Wähler, die nach eigenen Angaben 2011 für Cristina stimmten, sie 2014 nicht mehr in der Regierung haben wollen. Insgesamt dürften es mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sein, die sich bei den Parlamentswahlen im Oktober 2013 einen Gewinner aus dem Oppositionslager wünschen. Die große Unbekannte ist allerdings, welche Parteien sie im Oktober wählen werden.¹⁰

Die Arbeitslosigkeit beträgt in Argentinien laut dem Nationalen Statistikamt INDEC etwa sieben Prozent. Die niedrige Zahl ist als Erfolg der Kirchnerregierungen zu werten. Als Néstor Kirchner im Mai 2003 Präsident wurde, waren es immerhin 17,8 Prozent. Zwischen 2003 und 2012 wurden etwa 3,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen; ein großes Plus für Cristina, ein Machtausbau zugleich für die starken Gewerkschaften. Gemäß einer Umfrage des Beratungsinstituts Poliarquía Consultores kehrt in der Bevölkerung nach langer Zeit die Sorge um eine drohende Arbeitslosigkeit zurück: Etwa 40 Prozent der Befragten haben den Eindruck, dass sich die Beschäftigungssituation im letzten Jahr verschlechtert hat. 49 Prozent geben an, ihre größte Sorge sei der Verlust des Arbeitsplatzes, noch stärker als die Befürchtung, mit der Gehaltsentwicklung hinter der Inflation zurückzubleiben. Ein positives Bild von ihrer Präsidentin haben heute etwa 35 Prozent der Bevölkerung; seit dem aufgedeckten Geldwäscheskandal ein Minus von acht Punkten.¹¹

Zahlen zu sozialer Entwicklung und Demokratie: Was hat CFK geleistet?

Berichte der Vereinten Nationen zur menschlichen Entwicklung in Argentinien belegen, dass das Land und seine Gesellschaft ein hohes Potenzial haben. Die Entwicklung sei jedoch in den letzten Jahrzehnten hinter diesen zurückgeblieben. Die wertvolle Interaktion zwischen Gesundheit, Bildung und Wirtschaftswachstum hat mittlerweile abgenommen. Argentinien investiert zehn Prozent des BIP in Gesundheit und 5,8 Prozent in Bildung. Als „rising stars“ von Südamerika werden Brasilien, Mexiko und Chile bezeichnet. Der weltweite Wohlstandsindex 2012 reiht Argentinien an 45. Stelle, hinter Chile (40.), jedoch eindeutig vor Uruguay (51.), Mexiko (61.), Venezuela (71.) und Brasilien (85.).¹² Argentinien hat traditionell die größte Mittelschicht Lateinamerikas, ein großes Unternehmertum und bietet noch immer eine relativ hohe Lebensqualität. Welchen Anteil CFK als ihren Beitrag zur Entwicklung verbuchen darf, ist jedoch umstritten. Von einer außerordentlichen Entwicklung gehen Befürworter der Präsidentin aus; von einer „verlorenen Dekade des Kirchnerismus mit jeder Menge Rückschritte“ die Gegner. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen. Die internationale Krise 2009 konnte das Land jedenfalls relativ gut überdauern.

Die Katholische Universität von Argentinien hat eine „Beobachtungsstelle der Sozialen Schuld“ eingerichtet, welche die sozialen Fortschritte misst. Dem Bericht zufolge kam das seit 2003 erfolgreiche, neue Wachstumsmodell im Jahr 2007 zum Stottern, als sich die Inflation beschleunigte und die Schaffung von qualitativen Arbeitsplätzen zurückging. Sowohl missglückte Entscheidungen in der Innenpolitik als auch Auswirkungen der internationalen Krise führten ab 2008 zu einem Rückgang der Wirtschaft, zu einem Anstieg der Armut und einem Abstieg der sozialen Erwartungshaltungen. Im Jahre 2010 erholte sich die Wirtschaftslage wieder, jedoch mit nur geringfügigen Verbesserungen für die soziale Ent-

wicklung und Integration. 2007-10 wurde die Schere zwischen extrem reichen und armen sozialen Schichten breiter. Die zwischen 2004 und 2010 neu geschaffenen Arbeitsplätze erreichten diesem Bericht zu Folge kaum die untersten sozialen Schichten. Ein flexibles Pensionssystem wirkte sich positiv aus, jedoch zahlen noch immer zu wenige in die Sozialversicherung ein (etwa 35 Prozent der Beschäftigung liegt im informellen Bereich). Die Reallöhne sind in den letzten Jahren stark gestiegen, was als Erfolg gewertet wird. Das Vertrauen der Zivilgesellschaft in die Institutionen der Republik, in politische Parteien und Gewerkschaften hält sich (auch zehn Jahre nach der Krise) in Grenzen; mehr „Ansehen“ genießen NROs, Kirchen und die Medien.¹³

Ein vorrangiges Thema für die soziale Entwicklung in Argentinien ist die reale Chancengleichheit: Erziehung, Bildung und Berufsausbildung, gepaart mit einer Stärkung der Familie als Nukleus der gesellschaftlichen Entwicklung müssten mehr in den Fokus der Politik rücken. Eine solche gemeinsame, auf einem gesellschaftlichen Konsens basierende „Vision“ konnte noch nicht erreicht werden. Andererseits wäre es gerade die Bildung, welche langfristig die stark divergierenden sozialen Schichten zu „einer Nation“ verschmelzen könnte.

Gemäß dem Bericht von „Latino-barómetro“¹⁴ über die öffentliche Meinung zur Demokratie liegt die Zustimmung für die Demokratie als „beste Regierungsform in Argentinien“ bei 70 Prozent, über dem regionalen Durchschnitt von 58 Prozent. Defizite in Argentinien's Demokratie gibt es den Befragten nach allem voran hinsichtlich der Korruption (61 Prozent), in zweiter Linie hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit (53 Prozent), gefolgt von Transparenz im Staat (46 Prozent), Bürgerbeteiligung (35 Prozent) und der Konsolidierung der Parteien (21 Prozent). Defizite in Korruption und soziale Gerechtigkeit liegen in Argentinien weit über den lateinamerikanischen Durchschnittswerten (48 Prozent und 33 Prozent). Heutzutage scheint es mit Blick auf die Demokratie-

entwicklung in Argentinien vor allem ein gravierendes Problem mit der Rechtsstaatlichkeit zu geben.

Fazit und Ausblick

Lateinamerika hat sich über die letzten zehn Jahre hinweg ein neues, starkes Selbstbewusstsein erarbeitet. Die stolzen Nationen beschreiten wirtschaftlich, sozial, kulturell und manche von ihnen sogar politisch neue Wege. Néstor und Cristina Kirchner verkörpern für viele Argentinier diesen neuen, unabhängigen, argentinischen Weg. Sie möchten ein Land schaffen, das sich unbeeindruckt durch die USA, unabhängig von Europa, verbündet mit ausgewählten Ländern der Region, und vor allem den internationalen Finanzinstituten trotzend auf eigene Beine stellen kann. Es ist ein wichtiger Weg für Argentinien als Nation; nach der letzten schweren Krise 2001/2002 konnte der Kirchnerismus - heute als linkspopulistische Spielart des Peronismus einzuschätzen¹⁵ - der Nation neuen Glanz und Stolz verleihen.

CFK - als „Frau an der Macht“ – ist zweifelsohne Triebkraft für den politischen und gesellschaftlichen Um- und Aufbruch ihres Landes, in positiver wie in negativer Hinsicht.

Eine wesentliche Charaktereigenschaft, welche sich durch den politischen Diskurs und die Entscheidungsfindung von Cristinas Kabinett zieht, ist die Schaffung eines Feindbildes, durchaus mit theatralischen und perfekt inszenierten Elementen. Sie regiert, sie ändert, sie „demokratisiert“, um einen Feind zu besiegen. Der Feind ist entweder die mächtige Mediengruppe Clarín, der Regierungschef der Hauptstadt Mauricio Macri oder der Oberste Gerichtshof. „Gegen jemanden zu sein“ ist die Rechtfertigung für teils radikale Umbrüche, welche jedoch die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit in Gefahr bringen. So hat sich scheinbar das Feindbild vom historisch bedingten Großgrundbesitzer über die Industriemagnaten und Großunternehmer auf die Mittelschicht („Topfklopfer frisch aus dem Miami-

Urlaub“) verlagert. Sind das „Hausgemachte Rezepte“ des populistischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Ob mit oder ohne sozialistische Überzeugung, diese Strategie hat aus einem rein pragmatisch-politischen Blickwinkel wunderbar funktioniert.

Das von Néstor Kirchner aufgebaute politische „Modell“ für das Andenland ist unter dem „Cristinismo“ radikalisiert worden. Ja, es kommt zu einem Wandel, und die Frau an der Macht hat einen gesellschaftlichen Umbruch im „europäischsten Land Südamerikas“ eingeleitet. Die Frage ist bloß: Wohin führt dieser Weg?

Argentiniens Gesellschaft konzentriert sich gerne auf den Einzelnen. Politische Führungspersonen werden von den Medien bis ins Detail analysiert; zu sehr dreht sich daher die Diskussion um die Präsidentin: Was denkt sie, was fühlt sie, welches Herzensanliegen hat sie, was ist ihr nächstes politisches Projekt? Zu wenig fragt sich der Argentinier selbst, welche Zukunft er sich eigentlich für sein Land wünscht. In einer Repräsentationskrise artikulieren schwache Parteiorganisationen den Willen des Volkes nicht mehr. Das Programm ist die Person und nicht die Partei oder die politische Institution. Die Wählerschaft verlangt starke Führungspersönlichkeiten und nimmt dabei scheinbar zu viel Machtansammlung in Kauf. Doch „ewige Geduld“ mit der politischen Elite scheint jedes Mal erneut in eine Sackgasse zu führen.

Viele politische Führungsfiguren meinen, dass Cristinas politische Führung so stark sei, dass sie die einzige sei, die das Modell des „Nationalen Volksprojektes“ weiterführen könne. Wenn das die Stimmung im Regierungslager ist, ist das Projekt der Verfassungsänderung, um 2015 ein drittes Mandat von CFK in Folge zuzulassen, nicht mehr auszuschließen. Ein Weg, welcher die starke Frau am Río de la Plata sehr viel Kraft kosten wird. Ein Weg, den Hugo Chávez gegangen ist, und das ganze 14 Jahre lang.

Etwa 11.400 km entfernt gibt es jetzt eine andere, mächtige Argentinierin: Prinzessin Máxima Zorreguieta ist nun Königin der

Niederlande. Neben Papst Franziskus, dem „geistlichen“ Botschafter Argentiniens in der Welt, wird Königin Máxima auch als „politische“ Botschafterin des Landes verstanden. Hinter beiden, und auch hinter dem weltbesten Fußballer Lionel Messi als „kulturellem“ Botschafter, steht die argentinische Nation - endlich als Einheit begriffen?

„Jetzt fehlt es uns an nichts mehr“, so Präsidentin Cristina am 30. April: „Wir haben den Papst, eine Königin und Messi!“¹⁶

|| DR. MARIELLA FRANZ

Auslandsmitarbeiterin Argentinien

ANMERKUNGEN

- 1 Carlos Menem war von seiner Kandidatur zurückgetreten und hatte auf den zweiten Wahlgang, die Stichwahl gegen Nestor Kirchner, verzichtet.
- 2 Ciappa, Cesar/ Di Gresia, Luciano / Onofri, Alejandro (2007): , Evaluación de impactos económicos y sociales de políticas públicas en la cadena agroindustrial, S. 2, sowie Szewach, Enrique (2011): El aporte de la agroindustria. Hacia un progreso sostenible, S. 2, 22, 23, 63/Punkt 8 http://www.foroagroindustrial.org.ar/pdf/final_home_old.pdf sowie http://www.foroagroindustrial.org.ar/pdf/Doc2011_foroagro_final.pdf [29.05.2013].
- 3 Der Frente para la Victoria FPV, Front für den Sieg, ist eine Wahlplattform des Partido Justicialista PJ („Gerechtigkeitspartei“). Die PJ ist mehr als politische Bewegung denn als institutionalisierte Partei zu verstehen, sie ging aus dem Peronismus hervor. Gegründet von Juan Domingo Peron sind in der PJ viele ideologisch unterschiedlich geprägte Strömungen zu finden („von links nach rechts“); der FPV, auch als „Kirchnerismus“ bezeichnet, wird als links-nationalistisch eingestuft
- 4 Agustín Salvia, Bianca Musante, Alejandro Mendoza Jaramillo (2013): Informe de prensa. Observatorio de la Deuda Social Argentina, URL http://www.uca.edu.ar/uca/common/grupo68/files/COMUNICADO_D E_PRENSA_AUH_Pobreza.pdf [31.5.2013]
- 5 Clarín ist die finanzstärkste Mediengruppe Argentiniens. Sie besitzt u.a. den Fernsehsender Canal 13, den Kabelnetzbetreiber Cablevisión, die Sportzeitung Olé sowie die Gratiszeitung La Razón. Sie ist auch an den Zeitungen Página/12 und La Voz del Interior beteiligt. Dadurch hat die Gruppe z.B. beim bezahlten Fernsehen einen Marktanteil von über 70 Prozent. Zu den Besitzern der Clarín-Gruppe gehört die spanische Telefónica. Bis Mitte 2012 war auch die Investmentbank Goldman Sachs mit 9,11 Prozent an der Clarín Gruppe beteiligt. Goldman Sachs verkaufte ihre Anteile nach einer Niederlage des Konzerns vor einem argentinischen Gericht.
- 6 Siehe IWF, Pressemeldung 13/33 vom 01. 02.2013 URL http://www.imf.org/external/spanish/np/sec/pr/2013/pr1333s.htm#P22_1029 sowie IWF (2013): Perspectivas Economicas-Las Americas: Tiempo de reforzar las defensas macroeconómicas URL <http://www.imf.org/external/spanish/pubs/ft/reo/2013/whd/wreo0513s.pdf> [31.05.2013].
- 7 Zur „La Cámpora“ siehe: Di Marco, Laura (2012): La Cámpora. Historia secreta de los herederos de Néstor y Cristina Kirchner, Buenos Aires.
- 8 Artikel von Infobae, El Mundo, Clarin (2012): Solo hay que tenerle miedo a Dios y a mi (un poquito) URL <http://www.infobae.com/notas/669147-.html>; <http://www.elmundo.es/america/2012/09/07/argentina/1347027174.html>; http://www.clarin.com/politica/titulo_0_769723071.html [30.05.2013].
- 9 Skandal um Machenschaften zwischen Néstor Kirchner und dem Unternehmer Lázaro Baez.
- 10 Vgl. Onlineartikel der Tageszeitung Clarín (28.4.2013): El 37,8% de los votantes de Cristina ya no quiere que el oficialismo gane, URL http://www.clarin.com/politica/votantes-Cristina-quiere-oficialismo-gane_0_909509125.htm [29.04.2013]. Zum Vertrauen in die Regierung vgl.: Escuela de Gobierno de la Universidad Torcuato di Tella (2013): Índice de confianza en el gobierno , URL http://www.utdt.edu/ver_contenido.php?id_contenido=1351&id_item_menu=2970 [29.04.2013].
- 11 Vgl. Brea, Jose Luis (2013): Casi la mitad de la gente teme perder el empleo, URL <http://www.polarquia.com/pdf/P2.pdf> [27.04.2013]. sowie Kritz, Ernesto (2013): Todo bien pero surgen signos de preocupación, in: La Nación vom 24.03.2013, S. 20.
- 12 Malik, Khalid (2013): Human Development Report 2013. The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World, S. 1, 15ff, 21ff, URL http://hdr.undp.org/en/media/HDR2013_EN_Summary.pdf [29.04.2013], sowie Herrero, Martin Santiago u.a. (2010): Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2010. Desarrollo Humano en Argentina: trayectos y nuevos desafíos, S. 14, 52, 76, 81, URL http://hdr.undp.org/en/reports/national/latinamericathecaribbean/argentina/Argentina_INDH_2010.pdf [29.04.2013].
- 13 Vgl. Salvia, Agustín u.a. (2011) : Informe Especial 2011 “Deudas y progresos sociales en un país que hace frente a su bicentenario. Argentina 2004-2010” , Buenos Aires, S. 4,5,59 [25.04.2013], URL <http://www.uca.edu.ar/uca/common/grupo68/files/evolucion-general.pdf>. Mittels fünf Indikatoren wird die menschliche Entwicklung und soziale Integration gemessen: Lebensraum und wirtschaftliche Situation der Haushalte; Beschäftigung, Unterbeschäftigung und Zugang zu Sozialversicherung; psychosoziale Ressourcen für menschliche Entwicklung; Vertrauen, Teilhabe und Bürgersicherheit.
- 14 Corporación Latinobarómetro (2011): Informe 2011 (Santiago de Chile), S 38 ff, URL <http://www.latino-barometro.org/latino/LATContenidos.jsp> [22.04.2013].
- 15 Zu den “Spielarten” des Peronismus vgl. Zingoni, Norberto (2009): El Peronismo y sus máscaras. El enigma del país inacabado, Buenos Aires.
- 16 Vgl. La Nacion (2013): Cristina Kirchner: “Tenemos Papa, Reina y Messi, no nos falta nada” 30.04.2013, URL <http://www.lanacion.com.ar/1577872-cristina-kirchner-tenemos-papa-reina-y-messi-no-nos-falta-nada> [30.04.13].